

Analyse: Die geopolitische Zukunft Europas

Eine Frage der Selbstbehauptung

Zahlreiche globale Umwälzungen haben in letzter Zeit die Rolle von Europa an der Seite der USA verändert. Heute geht es um nicht weniger als die Selbstbestimmung unseres Kontinents.

■ VON BENCE BAUER

Zwanzig Jahre nach dem Beitritt zur EU sorgen sich nicht nur die Ostmitteleuropäer um die globale Zukunftsfähigkeit des alten Kontinents. Inmitten zahlreicher und weitreichender tektonischer Veränderungen der Weltordnung ergeben sich große Verschiebungen in den globalen Machtstrukturen. Bei diesen Umgestaltungsprozessen erscheint Europa ideen-, orientierungs- und führungslos. In dieser Gemengelage ist die „strategische Autonomie“ unseres Kontinents schwieriger denn je zu erreichen, obwohl diese gerade in den derzeitigen hochkomplexen Zeiten relevant, aktuell und notwendig wäre.

Die Erfahrung von 1989

Die mittel- und osteuropäischen Nationen warfen das Joch der kommunistischen Unrechtsherrschaft im Jahr 1989 ab, errangen ihre Unabhängigkeit zurück und konnten sich in Frieden und Freiheit selbst verwirklichen. Dabei waren ihnen Staat und Nation, Souveränität und Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie heilige Güter. Ihren Beitritt zu den euroatlantischen Strukturen sahen sie als Unterpand ihres eigenen Unabhängigkeits- und Freiheitsstrebens gegen die dunklen Erfahrungen aus der Zeit sowjetischer Unterdrückung an. Für sie war Europa auch ein Gegenmodell zur diktatorischen Macht aus der Vergangenheit namens Sowjetunion.

Dahingegen erlebten die Gesellschaften Westeuropas den Kommunismus nie aus eigener Anschauung, war doch ihre Schutzmacht USA das Idealbild von

Freiheit und Demokratie. So konnten die Westeuropäer in einer gewinnbringenden Symbiose mit den Vereinigten Staaten ihre eigene – oftmals christlich-demokratisch geprägte – Freiheit verwirklichen. Während die Sowjets ihren Herrschaftsbereich brutal mit militärischen Mitteln usurpierten und unterdrückten, bauten die US-Amerikaner mithilfe ihrer feinsinnigen Instrumentarien der Soft Power viele Bastionen und Positionen in Europa aus – insbesondere in Politik und Kultur.

Mit dem Zusammenbruch des Ostimperiums fühlte sich der Westen als Sieger des Kalten Krieges. Die USA blieben zunächst als Führungsmacht allein auf weiter Flur, auch kulturell und politisch blieben sie bei der Gestaltung Europas und der Welt dominant. Vor dem Hintergrund der Diktaturerfahrung und des positiv besetzten westlichen Gegenentwurfs war der amerikanische Hegemon in den Nachwendejahren für alle Länder Europas durchaus wünschenswert und nützlich. Die führende Rolle der USA wurde daher auch kaum hinterfragt.

Raumgewinn der Woken und Progressiven

In ihrer großen Freiheit und ihrer entscheidenden Dominanz liefen die USA jedoch immer mehr Gefahr, sich zu überdehnen. Das kulturell konservativ eingestellte Amerika verlor politisch immer mehr an Boden, das linksliberal-progressiv eingestellte hingegen wurde immer dominanter. Dies zeigte sich besonders bei Universitäten, Medien, NGOs, Verbänden und schließlich auch in der Politik. Diese Machtverschiebungen haben unter anderem zum „Wokismus“, zu Cancel Culture und zu Diskursverengungen sowie zur kultu-

rellen Machtanmaßung im Namen der Liberalität geführt, die in Wahrheit immer weniger freiheitlich ist.

Auch in Europa wurden diese Bewegungen immer stärker, wie auch die progressiv-linksliberalen Ideen. Die alte kulturelle christlich-demokratische Basis Europas diffundierte in zunehmendem Maße, die Christdemokraten nahmen diesen Verlust erst zu spät zur Kenntnis und suchten nach dem richtigen Umgang mit diesem. Die „progressiven“ Amerikaner verbreiten ihren Hegemonieanspruch jedoch weiter voller Elan und Macht.

Der Aufstieg Chinas und des globalen Südens

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine brachte im vergangenen Jahr eine neue Frontstellung in der globalen Politik. Der von den USA geführte freie Westen mit Europa und den angelsächsischen Ländern des alten Commonwealth stand fest an der Seite der Ukraine, während weltweit viele andere, auch demokratische Länder sich zu dieser Position nicht durchringen wollten oder konnten. Allen voran der globale Süden oder die BRICS-Länder, aber auch Israel stellten sich nicht uneingeschränkt auf die Seite der Ukraine, sondern verfolgen weiterhin eigene Interessen.

Diese Grundeinstellung gilt auch für den Wettstreit der USA mit China, bei dem diese Länder nicht klar Position beziehen wollen und prinzipiell nichts gegen eine enge Bindung zu China einzuwenden haben. Betrachtet man weltweit die größten Handelspartner dieser Staaten, so waren im Jahre 2000 die USA fast überall an erster Stelle – heute ist das in den meisten eindeutig China.



Foto: Ministerpräsidentenamt / Vivien Cher Benko

„Ungarn verfolgt eine interessenbasierte Außenpolitik und versucht mit vielfältigen globalen Akteuren einen fairen Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeizuführen.“
Auf dem Foto: Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (l.) und Ministerpräsident Viktor Orbán im August in Budapest.

Das dynamische Wachstum der früher mit dem wenig schmeichelhaften Begriff Schwellenländer umschriebenen Staaten steht in einem harschen Gegensatz zum verlangsamten Wachstum des alten Westens. Es wird immer wahrscheinlicher, dass die globale Zukunft insbesondere in Südostasien geschrieben wird.

Die Ostmitteleuropäer wollen in diesem Zusammenhang den Anschluss an eine weltweite Entwicklung nicht verlieren und suchen ihre Optionen eines handlungsfähigen und auf mehreren Beinen stehenden strategischen Gestaltungsraumes. Sie können mit der sich abzeichnenden Blockbildung „Der Westen gegen den Rest der Welt“ kaum etwas anfangen, haben sie doch schlechte historische Erfahrungen mit einer Blockbildung gemacht, aus der meist nichts Gutes für sie herausprang.

Daher versuchen sie, sich neue Handlungsoptionen zu erschließen. Sie stehen ein für globalen Freihandel, Austausch und Vernetzung, haben sie es doch verstanden, mit möglichst vielen Staaten der Welt gute und belastbare Beziehungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik anzustreben. Die diesbezügliche Strategie der Konnektivität wurde zunächst in Ungarn formuliert und ver-

sinnbildlicht einen intensiven Denkprozess, in dem sich das mittelgroße Land in Ostmitteleuropa befindet.

Diese Strategie der Vernetzung und Verbundenheit ist eine Folge aus der immer offensichtlicher werdenden schwindenden Hegemonie der USA. Die Weltordnung wird zusehends multipolarer und in dieser müssen auch die Länder Europas erfolgreich bestehen können. Blockbildung und Abkehr von der Globalisierung gefährden nicht nur den Wohlstand der Europäer, sondern auch deren langfristige Sicherheit.

Werte- und Interessenorientierung

Die Werte des Westens sind umfassend, doch sind sie nicht universal. Sie gelten vielmehr in erster Linie für den Machtbereich der westlichen Welt. Von vielen anderen Ländern werden sie abgelehnt und hinterfragt, oft sogar hintertrieben. Eine wertegelitete Außenpolitik kann so in einem vielschichtigen globalen Umfeld kaum Wirkung erzielen. Werte sind wenig greifbar, sie sind weder disponibel noch verhandelbar und gelten lediglich für den eigenen Kultur- und Machtraum.

Bei der interessengeleiteten Politik hingegen ist ein Ausgleich, eine Verständigung vieler verschiedener Interessen leichter möglich. Ungarn beispielsweise verfolgt eine interessenbasierte Außenpolitik und versucht daher mit vielfältigen globalen Akteuren einen fairen Ausgleich der beiderseitigen Interessen herbeizuführen. Im Spiegel der eigenen Erfahrungen ist das Land auch eher in der Lage, die Interessen der anderen zu verstehen.

Vor dem Hintergrund der ungarischen Erfahrungen erscheint es dringend angebracht, dass auch Europa seine ureigenen Interessen definiert, sie entsprechend vertritt und umsetzt. Dies geschieht jedoch viel zu selten. Vielmehr werden kaum greifbare „europäische Werte“ genannt. Wenn es hingegen um globale Handlungsrahmen geht, wird häufig nur auf die Partnerschaft mit den USA verwiesen.

Strategische Autonomie

Vor dem Hintergrund dieser Tendenzen stellt sich die Frage, inwieweit sich Europa seine eigene strategische Ausrichtung geben kann im Sinne einer auch vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron geforderten „stra-

tegischen Autonomie“. Voraussetzung dafür wäre, dass Europa seine eigenen Interessen formulieren kann und auch ohne die Beteiligung der USA als globaler Akteur aufzutreten imstande ist.

Ebenso ist erforderlich, dass Europa über starke Führungspersönlichkeiten verfügt, um überhaupt in diesen Handlungsrahmen eintreten zu können. In diesem Zusammenhang kann ebenso die Erkenntnis reifen, dass die europäische Politik ihre Entscheidungsmaxime auf lange Sicht unabhängig davon justieren sollte, welcher amerikanische Präsident gerade im Weißen Haus regiert.

Die gegenwärtig unangefochtene Allianz mit den USA sollte dabei bewahrt werden, jedoch muss sich Europa darauf einstellen, auch ohne die USA in der internationalen Politik bestehen zu können, spätestens dann, wenn die Amerikaner eines Tages ihre Interessen notfalls auch ohne oder vielleicht sogar gegen die Europäer durchsetzen sollten. Durch den gegenwärtig immer noch tobenden Krieg Russlands gegen die Ukraine hat sich der Aktionsradius jedoch bedauerlicherweise zuungunsten der Europäer eingengt. In einer solchen konfliktgeladenen Kriegssituation

könnten alle weiteren Bemühungen um eine strategische Souveränität Europas zugleich auch als eine Abkehr von den USA verstanden werden, was sicherlich nicht im Interesse der Europäer ist.

Eine solche denkstrategische Überlegung der strategischen Autonomie erscheint erst mit dem Abklingen der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine realistisch. Bis dahin kann aber viel Zeit verstreichen, sodass die diesbezüglichen europäischen Bestrebungen erstmal hintangestellt werden. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents sind dies keine guten Zeichen.

Die Europäer sind gefragt

Die sich aus der veränderten Rolle und Stellung der USA ergebenden internationalen Umgestaltungen sind auch für die Europäer nicht ohne Folgen. Zugleich stellen sich aufgrund politisch-kultureller Herausforderungen zumindest Fragen bezüglich der Zukunftsfähigkeit des transatlantischen Modells, wie wir es heute kennen. Eine interessengeleitete Außenpolitik und eine Strategie der Vernetzung können dabei helfen, im sich wandelnden globalen Umfeld bestehen

zu können. Immer mehr Ostmitteleuropäer setzen sich zunehmend für eine solche Herangehensweise ein.

In diesem Zusammenhang muss der Selbstbehauptung Europas eine tragende Rolle zukommen. Hierfür aber müssen die Europäer ihre Ziele und Interessen erkennen, formulieren und auf internationaler Bühne offensiv vertreten. Die strategische Souveränität des Kontinents ist ein erstrebenswertes mittelfristiges Ziel, das jedoch aufgrund des gegenwärtig noch anhaltenden Krieges in der Ukraine nur schwer verwirklicht werden kann, ohne die Grundlagen der transatlantischen Gemeinschaft ernsthaft infrage zu stellen. Auch aus diesem Grund muss schnellstmöglich ein dauerhafter Frieden in der vom Krieg gebeutelten Ukraine erzielt werden.

Der vorliegende Aufsatz ist eine leicht überarbeitete Version eines in der Preußischen Allgemeinen Zeitung erschienenen Textes.

Der Autor ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium.

SCHLÜSSELFERTIGE WEBSEITEN



www.paersch-services.com
Ihre Serviceagentur am Balaton



SANTA FE

RELOCATION

RELOCATION MOVING IMMIGRATION

T.: (06 1) 888 6750
www.santaferelo.com